

# Antizyklisch geht anders

Interview mit Dr. Rainer Volkmann, Fachbereich Sozialökonomie an der Uni-Hamburg, ehemals Hochschule für Wirtschaft und Politik – HWP über die Notwendigkeit der Sparpolitik des Hamburger Senats

**hlz:** Die Kürzungen der Sonderzahlung zum Jahresende, auch Weihnachtsgeld genannt, werden mit der akuten Finanznot begründet. Können Sie dies nachvollziehen?

**Volkmann:** Ja und nein. Es gibt eine Finanznot. Nach dem jüngsten „Konzernabschluss“ ist Hamburg pleite. Hamburg hat als Konzern ein negatives Eigenkapital(!). Der Kernbereich „öffentlicher Haushalt“ hat so zwischen 21-23 Mrd. Schulden, dazu kommen die Wohnungsbaukreditan-

stalt (3-4 Mrd. Schulden) und verschiedene Sondervermögen (Sondervermögen Schule: ca. 4 Mrd. Schulden, Konjunkturstabilisierungsfonds: 6 Mrd. Schulden etc.).

Gesamtschulden: ca. 34-38 Milliarden. Die jährliche Netto Neuverschuldung, die etwa zwischen 500 Mio. – 1 Mrd. schwankt, muss bis 2020 wegen der Schuldenbremse auf Null gebracht werden. Also: Finanznot ist da. Die Frage ist: Wie geht man damit um?

Hamburg hat nur begrenzt Zugriffsmöglichkeiten auf Einnahmen, etwa Hebesätze der Gewerbesteuer; auch bei Grundsteuer und Grunderwerbssteuer und sog. Bagatellsteuern (Hundesteuer) sind die Möglichkeiten begrenzt, auch wegen etwaiger Folgen bei Überwälzung der höheren Steuern auf Mieter.

Alle anderen Steuereinnahmen sind aus dem Gemeinschaftstopf - gleichs. Das gilt für die wichtigsten Steuern wie Einkommensteuer. Dazu gehört auch die Körperschafts- und Umsatzsteuer. Auch Ländersteuern wie die Erbschaftssteuer können nicht von einem Land allein verändert werden.

Blieben die Möglichkeiten, auf Bundesratsebene Initiativen wie z.B. zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu starten. Die Millionäre können auch in Hamburg nicht mit einer Ham-

Kasse gebeten werden.

**hlz:** Also kurzfristig kaum Alternativen zur Kürzungspolitik?

**Volkmann:** Es macht durchaus Sinn zu schauen, ob auf einige Ausgaben verzichtet werden kann. So was macht ja auch der Landesrechnungshof. Und hier kann man noch Positionen selbst entwickeln: Müssen Behörden in die Hafencity umziehen und dort höhere Mieten zahlen als zuvor, weil der Senat entsprechende Vereinbarungen geschlossen hat, sofern Investoren ihre Flächen nicht vollständig verpachtet bekommen? Auch ist die Steuerprüfung ein stetiger Quell überraschender Einnahmen, zumal weder Millionäre noch Großunternehmen regelmäßig geprüft werden - dann aber die öffentlichen Steuerkassen überraschend auffüllen. Aber auch hier die Frage: Was davon bleibt in Hamburg?

Letztlich: Es muss keine Kürzungen beim Weihnachtsgeld geben, wenn eine kritische Überprüfung vieler Ausgaben auf ihre Sinnhaftigkeit in Zeiten der Finanznot erfolgt und der Senat auf Bundesratsebene Initiativen für eine kommunale

der öffentlichen Einnahmen unternimmt. Zudem sollten verschiedene Steuern überprüft und dort Spielräume zur Erhöhung genutzt werden, sofern in anderen Großstädten die Steuersätze höher sind als in Hamburg. Das ist eine politische Entscheidung. Der Senat sollte keine Sparpolitik betreiben, die die ökonomische Krise in Hamburg nur noch verschärft und daher Gründe weiterer Steuereinnahmerückgänge (mit-)verursacht.

**hlz:** Inwieweit lässt sich Ihrer Meinung nach die immer wieder ins Feld geführte finanzielle Not mit der Steuerpolitik der Regierung Schröder, zu der ja unser



Rainer Volkmann: „Unsere Exporte ‘exportieren’ die Arbeitslosigkeit in andere Länder“.

jetziger Bürgermeister Olaf Scholz gehörte, in Verbindung bringend?

**Volkmann:** Ab 2001 hatte die rot-grüne Bundesregierung ein gewaltiges Programm zur Reduzierung der unternehmerischen Steuerlast durchgesetzt. Im Zentrum stand die Senkung der Körperschaftsteuersätze auf 25 Prozent (zuvor differenziert nach einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen je nach Anrechnung ca. 36 %); für die der Einkommensteuer unterliegenden Unternehmen (Einzelunternehmen, Personengesellschaften) wurde der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent reduziert (in 1998 noch 53 Prozent!). Hinzu kamen Steuergeschenke an die Konzerne: Gewinne aus Veräußerungen von Kapitalbeteiligungen wurden nicht mehr besteuert. Die daraus resultierenden staatlichen Einnahmeausfälle von Bund, Ländern und Kommunen betragen in den Jahren 2001 bis 2006 jährlich (!) zwischen 29 und 43 Mrd. Euro.

Die folgenden Regierungen

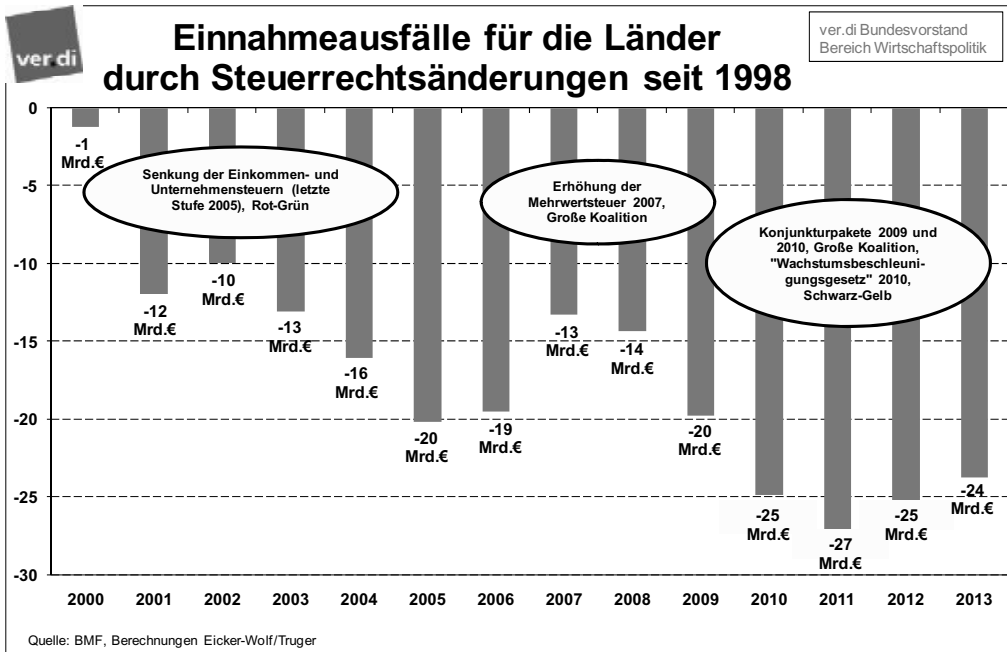
haben die Steuerentlastungspolitik fortgesetzt: Von 2011 bis 2014 werden allein aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ vom 1.1.2010, welches z.B. die Senkung der Mehrwertsteuersätze für Hotelübernachtungen vorsieht, Steuerausfälle von knapp 40 Mrd. Euro erwartet. Und die erneute Senkung der Körperschaftsteuersätze ab 1.1.2008 auf 15 Prozent hat die Unternehmen noch einmal um ca. 30 Mrd. € entlastet.

**hlz:** In welcher Relation stehen eigentlich die Verluste der HSH-Nordbank zu den gesparten 50 Millionen durch die Kürzung des Weihnachtsgeldes?

**Volkmann:** Zunächst gilt: die HSH-Nordbank hat vom Hamburger Senat per Kredit „frisches Kapital“ in Höhe von 1,5 Mrd. erhalten. Unklar bleibt, ob die darüber hinaus gehenden Bürgschaften (10 Mrd.) beansprucht werden. Die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement (HGV) hat die Aufgabe der Wirtschafts-

führung der Hamburger öffentlichen Unternehmen (inkl. der Beteiligungen). Sie kassierte lange Zeit hohe Erträge für den Senat aus diesen Beteiligungen, vor allem aus stillen Einlagen bei der HSH-Nordbank und Dividenderträgen. In 2007 und 2008 aber musste die HGV Abschreibungen im Umfang von über 1,6 Mrd. (!) auf die Beteiligungen an der HSH-Nordbank vornehmen. Mithin stehen nun Verluste bei der HGV an, die der Hamburger Haushalt ausgleichen muss, nicht gerechnet die ausbleibenden Erträge aus der Beteiligung. Im Übrigen hat der Hamburger Versorgungsfond 546 Mio. € abschreiben müssen auf den Wert seiner HSH-Nordbank Wertpapiere, was der Hamburger Haushalt ausgleichen muss.

**hlz:** Steuerausfälle und nicht bewertete Risiken (Bürgschaft) nicht mitgerechnet ergibt dies dann also insgesamt eine Summe zwischen 3 und 4 Milliarden €. Aber: selbst verursacht – hin oder her – was halten Sie von der ‚Schuldenbremse‘?



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVERSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

**Volkmann:** Die auch von der SPD getragene Aufnahme der Schuldenbremse ins Grundgesetz betont das Prinzip eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushaltes. Damit droht unserer Gesellschaft der Abschied von einem Verständnis aktiver Krisenbekämpfung durch den Staat, der sich in Zeiten der Krise bewusst mit Ausgabeprogrammen antizyklisch um eine Glättung der Krisen bemüht. Gerade die erfolgreiche letzte Krisenbekämpfung mit Konjunkturpaketen und aktiven Kurzarbeitsregelungen wären so nicht mehr möglich. Und die Finanzwissenschaft kritisiert: Öffentliche Zukunftsinvestitionen (Schulen, Wohnbauten, soziale Einrichtungen) sollen gerade

weil damit eine intergenerative „Gerechtigkeit“ erreicht wird. Auch nachfolgende Generationen, die von diesen Angeboten

Finanzierung (und Tilgung) beteiligt werden - sonst müsste die gegenwärtige Generation alle Zukunftsleistungen für künftige Generationen bereits heute allein aus ihren Steuern zahlen.

*hlz:* *Wie wäre es mit einer Vermögensbremse, vor dem Hintergrund, dass sich hinter jedem Schuldtitle des Staates eine Vermögensposition verbirgt?*

**Volkmann:** Eine zentrale makroökonomische Beziehung lautet: Der Staat hat die Aufgabe, die Ersparnisse der Privaten aufzunehmen (via Kredit), um sie einer nachfragewirksamen Verwendung (z.B. öffentliche Güter) zuzuführen. Sonst ergäbe sich netto ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall, mithin eine Krise. Wenn nun aber durch Umverteilung, Begünstigung der „Besserverdienenden“, Abschaffung der Vermögenssteuer die „Ersparnisse“ immer größer werden (übrigens gehören auch die einbehaltenen Gewinne der

Kapitalgesellschaften zur volkswirtschaftlichen Ersparnis!), entsteht immer mehr Nachfrageausfall des privaten Sektors. Diese Ersparnis wird einerseits weltweit Finanzanlagen suchen (das ist übrigens eine Erklärung für die internationale Finanzkrise!) und ebenso sichere Geldanlagen durch Kauf von Staatspapieren; denn der Staat muss sich verschulden, hat er doch selbst durch die neoliberale Politik sowohl Umverteilung als auch Nachfragerückgang der Privaten „verursacht“. Man möge nur bedenken, welche geringe Nachfragemöglichkeiten die Arbeitnehmer wegen der Hartz-Reformen oder auch wegen einer Lohnquote haben, die nunmehr auf den Stand von 1962 (!) gesunken ist. Also: Vermögensbremse ja - aber durch eine Politik, die die Umverteilung rückgängig macht, die

- gung präferiert, statt eine kapitalgedeckte und eine Politik, die die Einkommen der Arbeitnehmer verbessert. Dann wäre auch der private Vermögensaufbau beschränkt, weil ehemals hohe Geldvermögen Einzelner in eine breite Verbesserung der Masseneinkommen transferiert würden.

*hlz:* *Alle Welt redet von Steuermehreinnahmen aufgrund der konjunkturellen Situation. Wieso sollen unter diesen Vorzeichen die Staatsdiener ‚bluten‘?*

**Volkmann:** Ich denke da an zwei Gründe: Um weiterhin die neoliberale Praxis des „Nur Niedriglohn schafft neue Arbeitsplätze“ politisch gegen Widerstände durchzusetzen, will der Staat dies auch am eigenen „Beispiel“ durchführen, damit keine Zweifel (bzw. Ausnahmen) an der gewünschten „Alternativlosigkeit“ der neoliberalen Strategie aufkommen. Und die „Schuldenbremse“ wird bekanntlich nicht angestrebt, indem der Staat nach höheren Einnahmemöglichkeiten (Vermögenssteuer, höhere

Grenzsteuersätze etc.) sucht, sondern einseitig und konjunkturenschädlich nur die Ausgaben reduzieren will.

*hlz:* *Der konjunkturelle Aufschwung ist primär dem Außenhandel geschuldet - die Binnenfrage ist nach wie vor schwach. Damit handelt der Senat, wenn er die Gehälter kürzt, bezogen auf eine Stärkung des Aufschwungs, geradezu kontraproduktiv. Gibt es für Sie dafür eine Erklärung?*

**Volkmann:** Die Erklärung kann nur theoretisch sein: Es stehen sich grundsätzlich zwei Theorien gegenüber, die jeweils Regierungshandeln erklären und jeweils ihre historische Hochzeit haben bzw. hatten. Die neoliberale/neoklassische Theorie sieht den Kapitalismus als prinzipiell störungsfreies System, indem Krisen nicht aus Nachfrageproblemen heraus entstehen. (So schrieb selbst der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1977/78: „Jedes Angebot schafft sich seine (ausreichende, R.V.) Nachfrage“). Von Lohnkürzungen geht daher kein Nachfrageeinbruch aus, weil Lohnkürzungen zu Mehrarbeit und höherer Beschäftigung führen - ähnlich der Vorstellung, dass auf Gütermärkten eine billigere Ware auch mehr nachgefragt wird.

Diese Theorie hat sich angesichts anhaltender Lohnkürzungen und Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 als haltlos erwiesen. Die als Kritik an ihr zu verstehende keynesianische Theorie betont dagegen die Nachfrage, die über die Höhe der Produktion und damit Beschäftigung entscheidet. Das haben sogar die Industrieländer in den letzten beiden Jahren wieder erkannt mit ihren nachfrageorientierten Konjunkturprogrammen.

*hlz:* *Je mehr die Löhne gedrückt werden - und die Tarif-*



abschlüsse nicht nur für den öffentlichen Dienst waren mehr als mau –, desto stärker die internationale Wettbewerbsposition. Sehen Sie hier einen Zusammenhang zur Euro-Krise?

**Volkmann:** Der Zusammenhang ist deutlich - und wird ja schon in Europa diskutiert (von der französischen Finanzministerin Lagarde, vom amerikanischen Finanzminister Geithner u.a.). Unsere Exporte in andere Länder sind dort Importe, also Nachfrage nach Gütern, die nicht selbst im eigenen Land mit Produktion und Arbeit erstellt wurden. Unsere Exporte „exportieren“ also Arbeitslosigkeit in andere Länder. Und so stehen unseren Exportüberschüssen die Importüberschüsse anderer Länder gegenüber. Wenn aber ein Land Importüberschüsse hat, ist es gegenüber anderen Ländern verschuldet, denn es fragt mehr Güter nach, als es selbst erstellt

werden wie die dadurch auch entstandene Arbeitslosigkeit wegen zu geringer eigener Produktion. Die Finanzierung auf den internationalen privaten Kapitalmärkten ist solange unproblema-

tisch, wie die Kapitalgeber daran glauben, dass das betreffende Land die Schulden zurückzahlen wird. Je länger aber diese Verschuldung anhält und auch steigt, umso mehr Zweifel haben die Kapitalgeber an der Rückzahlungsfähigkeit – und erhöhen ihre Risikozuschläge. Dann wird die Verschuldung immer teurer – und immer mehr muss für Zinszahlungen verwendet werden. Um dieser wachsenden Zinszahlung zu entgehen, suchen die Länder nach staatlichen Krediten bei der EU-Staatengemeinschaft. Je mehr diese aber ebenso zu Hilfezahlungen bereit ist, umso mehr wird auch bezweifelt, ob die Kreditgewährungen von den - ziert werden – mithin auch die Kreditgeberländer Zahlungsprobleme haben werden.

**hlz:** Wie ließe sich dieser Abwärtspirale entgehen?

**Volkmann:** Die Euro-Krise hat letztlich einen konkreten Grund: Die Schaffung der Währungsunion hätte erst nach einer Vereinheitlichung der Wettbewerbs- und Produktionsbedingungen erfolgen dürfen (so der

alte Delors-Plan von 1988). Oder nach der Währungsunion hätte man eine einheitliche Lohnpolitik in Westeuropa vereinbaren müssen, um keine individuellen Wettbewerbsvorteile durch reale Lohnsenkungen wie in Deutschland zuzulassen. So aber sind Lohnsenkungswettbewerb (Deutschland) und Steuersenkungswettbewerb (z.B. Irland) weiterhin Instrumente im Kampf um eigene Konkurrenzvorteile. Eine Lösung „aller“ Euro-Krisen liegt nur in der Koordination der je nationalen Politiken; und das Ziel muss sein, auch die Überschussländer zu einer Stärkung der Binnenwirtschaft zu Lasten ihrer aggressiven Außenwirtschaftspolitik zu bringen. Denn

der Handelsbilanz stehen immer gleich große Überschüsse anderer Länder gegenüber. Also lautet der Beitrag Deutschlands: Stärkung der Binnennachfrage und Verzicht auf ausschließliche Exportorientierung.

**hlz:** Wir bedanken uns für das Interview.

Die Fragen stellte  
JOACHIM GEFFERS